Nr. 203

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. November 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Was tun gegen die (Preis-)Diktatur der Ölkonzerne?

Man freut sich ja schon, dass beim Tanken mal wieder weniger als 2 Euro auf der Preistafel steht. Doch noch immer verbrennt unser Lohn im Rekordtempo im Tank. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. In wenigen Wochen enden die 17 Cent Tankrabatt. Und bei den Heizkosten droht vielen die nächste böse Überraschung. Teilweise haben Vermieter bei Ölheizungen den Abschlag schon jetzt um 25% erhöht.

Und das ist nicht alles. Für die Bau-, Chemie- und Autoindustrie oder die großen Supermarkt-Konzerne kommt es natürlich nicht infrage, für ihre höheren Transport- und Rohstoffkosten ganz leicht sinkende Gewinne hinzunehmen. Deshalb reichen auch sie ihre gestiegenen Kosten wie selbstverständlich an uns Verbraucher weiter.

All das reißt Löcher in die knappe Haushaltskasse vieler Arbeiterfamilien. Viele verzichten auf Urlaub, sparen an Kleidung, sogar am Essen, nehmen noch einen Nebenjob an.
Und genau in der Situation erklärt die Metall- und Elektroindustrie, dass ihre fast 4 Millionen Arbeitenden in den nächsten anderthalb Jahren keinen Cent Lohnerhöhung bekommen sollen. Von allen, die keinen Tarifvertrag haben, ganz zu schweigen!

Man erzählt uns, schuld an den hohen Preisen wären der anhaltende Krieg im Nahen Osten und die Blockade von Hormus. Doch das ist eine Lüge.
Ja, für die Menschen im Iran und Jemen bedeutet der Krieg weiterhin Schrecken und Unsicherheit. Doch für das Öl hat man gesorgt. Es wird mittlerweile auf anderen Wegen aus der Region transportiert. Außerdem verkaufen andere Länder wie die USA nun mehr Öl.

Das Ergebnis: Es ist längst wieder genauso viel Öl auf dem Weltmarkt wie vor Kriegsbeginn.
Doch die Bosse verlangen noch so lange wie möglich weiter Wucherpreise. Da sind BP, Esso, Shell, Chevron und Total, die insbesondere die Raffinerien besitzen, die das Rohöl zu Benzin, Heizöl und Kerosin verarbeiten. Sie haben ihre Preise verzehnfacht! Ebenso die (meist europäischen) Reedereien, die das Öl transportieren.

Und vergessen wir nicht die Spekulanten wie die Deutsche Bank. Sie lauern auf jede neue schlimme Nachricht – auf jede weitere Bombe, die die USA auf den Iran abwirft, jede abgefeuerte Rakete in Richtung der Golfstaaten – um die Ölpreise an der Börse in die Höhe zu treiben.
Die Folgen dieser Preistreiberei sind bei uns schon schwer zu verkraften. Doch in den ärmeren Ländern sind sie dramatisch. Hier führen die Wucherpreise seit Monaten dazu, dass viele Familien sich nur noch eine Mahlzeit am Tag leisten können!

Der Chef des Ölkonzerns Total hingegen erklärt ganz offen, er hoffe, dass dieser Zustand noch lange anhält! Der Iran-Krieg sei eine große „Chance“… die den Ölkonzernen bereits die unfassbare Summe von 147 Milliarden Dollar Gewinn eingebracht hat.
Diese parasitären Konzernbosse und Spekulanten erpressen mit ihrer Macht über das Öl die gesamte Welt und plündern sie aus. Und keine Regierung versucht, sie daran zu hindern.

Die deutsche Regierung kündigt zwar einen „Energiepreis-Deckel“ an. Doch der soll nicht die Wucherpreise der Raffinerien und Spekulanten deckeln. Er soll nur deckeln, wie viel die Tankstellen noch zusätzlich (!) oben drauf schlagen dürfen. Und selbst diese Deckelung soll nur für kurze Zeit gelten. Sprich: Der Energiepreis-Deckel wird genauso unwirksam sein wie der Mietpreis-Deckel gegen die hohen Mieten.

Was sollten wir auch anderes erwarten? Für die Regierenden ist es schließlich undenkbar, in die „Freiheit“ der Konzerne einzugreifen, die Preise zu diktieren und Profit zu machen. Wo kämen wir da schließlich hin!
Auch Steuern können sie nicht sonderlich senken. Schließlich brauchen die Regierungen das Geld, um den Kapitalisten noch auf zig anderen Wegen Geld zu schenken – und um immer weiter aufzurüsten.
Von Merz und Macron über die rechtsextremen Regierungen Meloni und Trump bis zur linken Regierung in Spanien „machen“ daher am Ende alle das Gleiche: Sie sehen tatenlos zu, wie die einfache Bevölkerung vom Preisdiktat der Ölkonzerne und Spekulanten erdrosselt wird.

Wir Arbeitenden müssen die Dinge daher in die Hand nehmen. Wir entscheiden zwar nicht über die Preise. Aber was wir durch Kämpfe beeinflussen und kontrollieren können, ist unser Lohn.
Alle Löhne, Renten und Sozialleistungen müssen sofort und in gleicher Höhe steigen wie die Preise. Das durchzusetzen ist unser einziger Schutz gegen die Verarmung. Die Proteste, die in den letzten Wochen quer durch Europa Millionen Menschen auf die Straße gebracht haben, können hierfür ein Anfang sein.

Auf Dauer aber geht es um mehr. Öl ist ein Lebensnerv der gesamten Weltwirtschaft. Und doch sind dessen Förderung, Verarbeitung und Transport Privateigentum. Sie sind in den Händen einiger weniger Großkapitalisten, die dadurch eine so große Macht haben, dass sie die Welt regieren können.

Sie bestimmen nicht nur die Preise, sondern auch die Politik der Regierungen. Um ihnen Ölquellen oder Transportwege zu sichern, werden Kriege geführt. Wie derzeit im Iran und Jemen – und morgen vielleicht zwischen allen Großmächten in der Arktis?
Auf ihr Verlangen werden gerade sogar die wenigen Einschränkungen für fossile Brennstoffe wieder abgeschafft… auch wenn der Planet dadurch ein Backofen wird!

Sehenden Auges führen sie uns in die Katastrophe – wenn wir Arbeitenden sie nicht stürzen und selber die Macht über Betriebe und Staat übernehmen.

Türkei: „Wir wollen nicht auf der Arbeit sterben!“

In dem türkischen Stahlwerk des Habaş-Konzerns in Aliağa (Provinz Izmir) ist am 9. November ein Deckenkran abgerissen und in einen Ofen gestürzt. Die anschließende Explosion hat 19 Arbeiter getötet.

Es ist nicht der erste tödliche Arbeitsunfall in dem Werk, in dem die Arbeiter täglich 12 Stunden unter extrem harten und unsicheren Bedingungen arbeiten müssen.

Spontan kam es zu Protesten von Arbeitern und Angehörigen, die die Profitgier verurteilten und forderten, die Konzernbosse zur Rechenschaft zu ziehen.

Schon am Tag nach dem fürchterlichen Unfall verlangte die Werksleitung, dass die Arbeiter der nicht betroffenen Abteilungen wieder zur Arbeit kommen. Viele versammelten sich daraufhin aus Protest vor dem Werkstor und forderten mehr Sicherheit.

Bevor die Polizei die Kundgebung mit Gewalt auflöste und 20 Arbeiter festnahm, erklärte einer von ihnen: *„Wenn ein so reicher Konzern nicht das nötige Geld für die Sicherheit am Arbeitsplatz ausgibt, dann soll er das Werk auch nicht betreiben! Dann sollten wir Arbeiter das Werk selber betreiben!“*

Und nicht nur dort. Auch in Ankara und Istanbul brachten Arbeitende ihre Empörung über die gefährlichen Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben zum Ausdruck. Allein in diesem Jahr gab es in der Türkei nämlich bereits 1.930 tödliche Arbeitsunfälle – mehr als in jedem anderen Land Europas.



„Ein Leben für einen Laib Brot“: Proteste gegen die unsicheren Arbeitsbedingungen und die vielen tödlichen Arbeitsunfälle

Regierung will Migranten nach Ruanda deportieren

Vor nicht einmal zwei Jahren sind die SPD und auch einige Prominente der CDU gegen die Remigrationspläne der AfD auf die Straße gegangen. Und nun hat die deutsche Regierung zusammen mit vier anderen EU-Ländern (Österreich, Griechenland, Dänemark und den Niederlanden) entschieden, abgelehnte Asylbewerber künftig… nach Ruanda zu deportieren und sie dort in Lager zu stecken!

Menschen, die nichts getan haben, als nach Deutschland zu kommen, um hier zu leben und zu arbeiten, werden wie Verbrecher behandelt! Sie sollen gewaltsam nach Ruanda deportiert werden, wo sie niemanden kennen und auch die Sprache nicht sprechen, wo extreme Armut und Arbeitslosigkeit herrschen und sie der Willkür der ruandischen Militärdiktatur ausgesetzt sind.

Noch ist nicht klar, ob und wie viele Migranten letztlich tatsächlich nach Ruanda abgeschoben werden. Es geht der Regierung vor allem um die Ankündigung dieser Maßnahme – mit dem Ziel, der AfD Stimmen abzujagen. Und dafür müssen von nun an Hunderttausende Migranten in der Angst leben, morgen vielleicht in einem Lager in Ruanda zu landen.

Schluss mit den Waffenlieferungen!

In der Ukraine und in Russland wagen es immer mehr Menschen, ein Ende des Krieges zu fordern.

In einem Vorort von Kiew haben mehrere Hundert Demonstranten am 2. November ihre Angehörigen befreit. 40 ukrainische Soldaten, die sich geweigert hatten, in den Krieg zu ziehen oder desertiert waren, waren dort in einem Gefängnis der Brigade Asow festgehalten und gefoltert worden.

Das Video von der Befreiung und den Berichten der Gefangenen wurde über Social Media millionenfach geteilt und hat viele Ukrainer schockiert. Die ukrainische Regierung musste zugeben, dass es mehrere solcher Foltergefängnisse für ungehorsame Soldaten gibt, und hat eine Untersuchung versprochen.
Doch gleichzeitig hat sie eine Ärztin verhaftet, die zu der Befreiungsaktion aufgerufen hat. Und sie hat allen gedroht, sie ebenfalls zu verhaften, sollten sie sich an solchen Protesten beteiligen.

Immer mehr Menschen in der Ukraine wollen nicht mehr, dass sie und ihre Familienangehörigen ihr Leben in einem Krieg riskieren müssen, der offensichtlich nicht für ihre Freiheit geführt wird. Im vergangenen Juli hatte ebenfalls ein Massenprotest vor dem Rekrutierungszentrum der Armee in Lwiw die Herausgabe der Männer verlangt, die dort gefangen gehalten und zwangsweise an die Front geschickt werden sollten.

Aus Angst, dass solcher Widerstand zunimmt, versucht die ukrainische Regierung, ihn mit aller Gewalt zu unterdrücken. Wie lange ihr dies gelingt, ist fraglich.

* * * * *

Auch in Russland nimmt die Unterdrückung noch mehr zu. Selbst Mitglieder politischer Strömungen wie der stalinistischen Partei KPRF, die den Krieg unterstützt und nur leichte Kritik an Putin übt, werden mittlerweile verfolgt und verhaftet.

Denn jede kleinste Kritik ist zu gefährlich in einer Situation, in der bereits über 400.000 Russen an der Front oder im Hinterland ums Leben gekommen sind und es der Regierung immer schwerer fällt, neue „freiwillige“ Soldaten zu finden.

Hier wie in der Ukraine entlassen sie mittlerweile Straftäter aus dem Gefängnis, wenn diese dafür an die Front (und damit oft in den Tod) gehen. Doch selbst damit finden sie nicht mehr genug.

Während die Mächtigen der Welt seit Monaten über Krieg und Frieden verhandeln, ohne die Bevölkerung beider Länder auch nur nach ihrer Meinung zu fragen, stimmt diese mit den Füßen ab.

Gaza: „Wir ertrinken“

Über zwei Millionen Menschen in Gaza leben noch immer dicht gedrängt in Zelten oder provisorisch gespannten Planen. Und nun haben starke Regenfälle diese Zeltlager auch noch überschwemmt. Mehrere Frauen und Kinder kamen ums Leben. Zelte wurden zerstört, ebenso die Sanitäranlagen.

Nun hausen die Palästinenser in einem gefährlichen Gemisch aus Regenwasser und Abwasser und bemühen sich verzweifelt, das Wenige, das sie besitzen, abzustützen, auszuwringen und zu trocknen. Die wenige humanitäre Hilfe – Zelte, Baumaterial und Lebensmittel – wird obendrein von der israelischen Regierung an der Grenze blockiert.

Zu den katastrophalen Folgen der Überschwemmungen kommen der Mangel an Nahrung, der beginnende Winter und immer wieder willkürliche Überfälle durch israelische Soldaten. Ein Journalist beschreibt es so: „*Wir atmen den Tod. Wir schlafen mit dem Tod, wir träumen vom Tod. Und wir wachen mit dem Tod auf.*“

Die Überschwemmungen machen einmal mehr deutlich, wie die israelische Regierung die palästinensische Bevölkerung gezielt zu einem langsamen Tod verurteilt – mit Billigung aller westlichen Regierungen.



Die Großen dürfen enteignen

Bei ihren Koalitionsverhandlungen haben die Berliner Linke, SPD und Grüne angekündigt, Wohnungen der größten privaten Wohnungskonzerne „enteignen“ zu wollen – gegen eine sehr großzügige Entschädigung von bis zu 16 Milliarden Euro. Betroffen wären Vonovia und andere Immobilien-Konzerne, die mehr als 10.000 Wohnungen in Berlin besitzen und damit die Marktmacht haben, die Mieten dort in astronomische Höhen zu treiben.

Doch kaum war der Plan ausgesprochen, ist CDU-Innenminister Dobrindt schon zur Rettung der Immobilien-Haie geeilt. Innerhalb weniger Tage präsentierte er ein Bundesgesetz, das solche Enteignungen faktisch unmöglich macht. Beeindruckend, wie schnell die Regierung handeln kann, wenn es um die Interessen milliardenschwerer Kapitalisten geht!

Vonovia und Co. dürfen nach Dobrindts Plänen also weiter Wuchermieten verlangen und so ärmere Mieter aus Wohnungen vertreiben, in denen sie teilweise jahrzehntelang gelebt haben. Aber das ist ja keine Enteignung.

Streik in Bangladesch: Die Nähmaschinen von H&M, Zara und Co. stehen still

Seit Ende Oktober streiken Hunderttausende Textilarbeiter*innen in Bangladesch. An manchen Tagen standen mehrere Tausend Fabriken still. Die Streikenden fordern eine Verdreifachung ihres Mindestlohns. Der liegt derzeit nur bei 3 Euro am Tag; so wenig, dass es kaum für Essen reicht – geschweige denn für Kleidung, obwohl die Arbeitenden täglich Kleidung herstellen.

Erst vor zwei Jahren hatten Massenproteste von Studierenden und Arbeitenden die damalige Diktatur gestürzt. Die neue Regierung hatte Verbesserungen in den Fabriken versprochen. Doch nichts ist passiert. Nun nehmen die Arbeiterinnen und Arbeiter die Dinge selber in die Hand.
Die Regierung hat sich sofort auf die Seite der Textilfabrikanten gestellt und versucht, die Streiks gewaltsam zu unterdrücken. Vergeblich! Daher war sie nun gezwungen, einen Ausschuss mit Gewerkschaften und Fabrikanten ins Leben zu rufen, der eine Lohnerhöhung festlegen soll… jedoch erst im Dezember. Ein Teil der Arbeitenden streikt daher weiter.

Bangladesch ist der zweitgrößte Textilproduzent der Welt. Hier produzieren 4 Millionen Arbeitende die Kleidung – und die Profite – von Marken wie H&M, Boss, Calvin Klein, Primark und Zara. Und das verleiht ihnen eine große Macht.

Ausbeutung im Straßenbau: „Schnell, schneller, Glasfaser.“

Donnerstag, 7 Uhr morgens. In der Straße wird Glasfaser verlegt. Der Pressluft-hammer beginnt zu hämmern – und tut es um 19 Uhr immer noch. Am Freitag dasselbe, und sogar am Samstag. Und immer schuften dieselben Bauarbeiter – 12 Stunden am Tag.

Diese Beobachtung, die viele vor ihrer Haustür gemacht haben, ist kein Einzelfall. Denn damit die Telekom, Vodafone und Co. so viel wie möglich an den Glasfaserleitungen verdienen, lassen sie diese von Subunternehmen verlegen, die mit Mafia-Methoden wie in der Fleischindustrie arbeiten.

Arbeiter in Rumänien, Polen, Ungarn, Serbien und anderen Ländern Osteuropas werden mit falschen Versprechen nach Deutschland gelockt. Hier entdecken sie, dass sie sechs Tage die Woche 12 Stunden lang schwere körperliche Arbeit im Straßenbau leisten und in kleinen, teilweise verschimmelten Monteursbuden übernachten müssen. Und dann bekommen sie oft nur einen Teil des versprochenen Lohns.

Die Firmen setzen darauf, dass die Arbeiter kein Deutsch können und isoliert in kleinen Gruppen von fünf oder sechs Leuten arbeiten. Wenn sie ihren ausstehenden Lohn einfordern, droht man ihnen, sie sofort ohne einen Cent in ihr Heimatland zurückzuschicken.

Doch nicht immer kommen die Firmen damit durch. Mehrfach haben Arbeiter spontan die Arbeit niedergelegt und sich einmal sogar mit 180 Leuten zusammengetan und protestiert, um mit gewerkschaftlicher Unterstützung ihren ausstehenden Lohn einzufordern.

„Wir bringen die Zukunft in deine Straße.“ Die Werbung der Glasfaser-Anbieter bekommt vor diesem Hintergrund noch eine ganz andere Bedeutung.

Jugendproteste: Die Zukunft vorbereiten



Die Proteste, die hauptsächlich in Frankreich begonnen haben, haben sich spontan auf zahlreiche Länder Europas ausgeweitet. Auch in Deutschland sind mehrfach vor allem junge Leute auf die Straße gegangen. Insbesondere am 31. Oktober, als 100.000 Schüler, Azubis und Arbeitende demonstriert haben:

Weil die Gebäude der Schulen und Berufsschulen seit Jahren verfallen, Fenster vernagelt und Toiletten kaputt sind und der Unterricht ständig ausfällt. Weil ebenso wie die Schulen auch alle anderen öffentlichen Einrichtungen kaputtgespart werden. Weil Spritpreise und Mieten durch die Decke gehen und der Lohn nicht mehr zum Leben reicht. Und weil sie Frieden wollen und keine Spirale aus Aufrüstung, Militärdienst und weltweiten Kriegsvorbereitungen.

Dieselben Themen haben auch in zahlreichen anderen Ländern Europas insgesamt Millionen Menschen auf die Straße gebracht. Dies macht einmal mehr bewusst, dass die einfache Bevölkerung überall die gleichen Sorgen, Gegner und Interessen hat und der Kampf für ihre Interessen über die Grenzen hinweg untrennbar miteinander verbunden und voneinander abhängig ist.

Wenn die heutigen Proteste dazu beitragen können, dieses Bewusstsein zu verbreiten, sind sie allein deshalb ein Erfolg.

Deutsche Bank: Verbrecher in Nadelstreifen

Zwei Beschäftigte der Deutschen Bank haben 15 Millionen geheime Dokumente öffentlich gemacht. Diese Dokumente belegen, dass die Deutsche Bank zig reichen Kapitalisten geholfen hat, Steuern zu hinterziehen, Geld aus illegalen Geschäften zu waschen, Waffenverkäufe an Kriegsverbrecher einzufädeln und einiges mehr.

Zu den Kunden, die auf diese Weise von der Deutschen Bank „bedient“ wurden, gehören die Aldi-Besitzer, die Gründer des Pharmakonzerns Hexal, der Springer-Verlag, Rheinmetall, der Gründer von Auto1 und einige mehr.

In den veröffentlichten Unterlagen steht nun schwarz auf weiß, was eigentlich niemanden von uns überrascht: Dass der Übergang zwischen Kapitalisten und Kriminellen fließend ist. Und dass die Banken dafür da sind, ihnen – diskret – auch bei der illegalen Geldvermehrung zu helfen.

Wie ärgerlich nur, dass auch in einer Bank nichts funktioniert ohne all die ganz normalen Beschäftigten, die all diese Machenschaften aufdecken können.

Arztbesuche: demnächst auf eigene Rechnung?

Mit der Umsetzung der Gesundheitsreform sollen wir uns darauf einstellen, noch deutlich länger auf Termine bei HNO-Ärzten, Orthopäden, Kardiologen, Radiologen und Rheumatologen zu warten als bisher. Das hat der Sprecher der Kassenärzte angekündigt.
Wer starke Schmerzen hat oder verhindern möchte, dass eine Behandlung zu spät kommt und dies lebenslange Schäden verursacht, habe künftig nur noch eine Möglichkeit: Er muss irgendwie das Geld auftreiben, um die Behandlung aus eigener Tasche zu zahlen.

So war es vor 100 Jahren. Da mussten sich Menschen verschulden, um die Behandlung bezahlen zu können. Oder sie blieben ihr Leben lang krank oder starben. Und mitten im 21. Jahrhundert, in dem die Medizin grandiose Fortschritte macht, wollen sie uns in diese Vergangenheit zurückwerfen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!

Merz, der Rächer der Enterbten?

Richtig heldenhaft hat die CDU für die Senkung der Stromsteuer gekämpft. Eine Familie spart nun im Schnitt… 8 Euro im Monat.
Zum Dank dafür könnten wir ihr fast verzeihen, dass sie gleichzeitig unsere Zuzahlungen bei Medikamenten und Pflege erhöht – und drastisch bei Rente, Krankenhäusern und Pflegegeld kürzt.

* * * * *

Mehr Grund, sich zu bedanken, haben da Lidl, Deutsche Bank, Amazon und SAP. Ihnen bringt die Senkung der Stromsteuer nämlich nicht 8 Euro, sondern zehn- oder sogar hunderttausende Euro.

Verborgene Schätze

Acht Stunden hat die Regierung intensiv „nachgedacht“. Und dann hat sie auf einmal doch die 5 Milliarden Euro für die Senkung der Stromsteuer gefunden, die vorher angeblich nicht da waren.

Geht doch! Dann finden sie bestimmt auch noch die 5 Milliarden Euro für die Krankenhäuser, das Geld für die Rente mit 63 und andere Maßnahmen… wenn wir sie noch einmal intensiv zum Nachdenken zwingen.

Rente: Verkehrte Logik

Mit ihrer Renten-„Reform“ will die Regierung das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln. Jedes Mal, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, sollen wir noch länger arbeiten müssen.

Was für ein Irrsinn! Allein in der Industrie wurden eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet. Viele Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz oder werden nicht übernommen. Aber die Alten sollen immer länger schuften?

* * * * *

Eine einfache Rechnung

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist obendrein nur ein Durchschnitt. In ärmeren Regionen wie Ostdeutschland oder dem Ruhrgebiet ist sie bis zu sieben Jahre kürzer. Körperlich harte Berufe, die dort verbreiteter sind, verkürzen sie ebenfalls, Schichtarbeit sogar um ganze acht Jahre. Männer, die ihr Leben lang im Schichtdienst gearbeitet haben, werden im Schnitt nur 71 Jahre alt.

Das ist schlimm genug. Aber wenn die Regierung die Rente wirklich an die Lebenserwartung koppeln wollte, müssten wir in solchen Berufen dann nicht mindestens… acht Jahre früher in Rente gehen dürfen?